

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereiche: 1 + 2 Siegen, 17.03.2022
Bereiche: Büro des Bürgermeisters, Recht und Versicherungen, Zentrale
Vergabestelle
Bearbeitet von: Johannes Werthenbach, Dorothee Münker, Dr. Imke Schneider-
Reimann, Karin Böcking,

Beratungsfolge: ☒ öffentlich ☐ nichtöffentlich

Rat **06.04.2022**

Kurzbezeichnung:

**Veränderung in den Ausschüssen des Rates nach Austritten aus der AfD-Fraktion und der
Neubildung der GfS-Fraktion
Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt

1. die Auflösung nachstehender Pflicht- und Fachausschüsse,

Haupt- und Finanzausschuss
Rechnungsprüfungsausschuss
Wahlprüfungsausschuss
Bauausschuss
Vergabeausschuss
Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und
Liegenschaften
Verkehrsausschuss
Ausschuss für Feuerschutz, Sicherheit und Ordnung
Sport- und Bädernausschuss
Kulturausschuss
Ausschuss für Schule und Bildung
Ausschuss für Soziales, Familien und Senioren
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie
Betriebsausschuss ESi

2. deren Neubildung mit Ausnahme des Vergabeausschusses entsprechend der in der Sitzung des Rates am 04.11.2020 festgelegten Zahl der stimmberechtigten Mitglieder
3. die als Anlage beigefügte neu gefasste Zuständigkeitsordnung als Konsequenz auf den Verzicht der Neubildung des Vergabeausschusses.
4. dass Vergaben, die bis zum Tag des Inkrafttretens der neuen Zuständigkeitsordnung bei der Zentralen Vergabestelle der Stadt Siegen eingegangen sind, noch nach den bisherigen Zuständigkeitsregelungen behandelt werden mit der Maßgabe, dass anstelle des Vergabeausschusses nunmehr der Haupt- und Finanzausschuss entscheidet. Für Verträge, die bereits aufgrund abgeschlossener Vergabeverfahren zustande gekommen sind, gilt, dass diese als bedarfsfestgestellt im Sinne der Neuregelung gelten.

Sachverhalt / Begründung:

In den Monaten nach der Kommunalwahl bis heute haben sich Fraktionsaustritte und Wechsel in die neu gegründete Fraktion „Gemeinsam für Siegen“ (GfS) ergeben:

Juni 2021	AfD-Fraktion Austritt Stv Roland Steffe
November 2021	AfD-Fraktion Austritt Stv Klaus Zöller
Januar 2022	GfS-Fraktion Gründung mit den ehemaligen Mitgliedern der CDU-Fraktion Stv Eva-Marie Bialowons-Sting, Rüdiger Heupel, Silvia Keßler und Christian Sondermann
Februar 2022	Wechsel Stv Anja-Alexandra Köckritz von der CDU-Fraktion zur GfS-Fraktion

Die Sitzverteilung stellt sich demnach wie folgt dar:

CDU-Fraktion	17	(22)
SPD-Fraktion	15	(15)
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	12	(12)
UWG-Fraktion	6	(6)
GfS-Fraktion	5	(0)
FDP-Fraktion	4	(4)
Fraktion Die Linke	4	(4)
AfD-Fraktion	3	(5)
Volt	2	(2)
Fraktionslos	2	(0)

Diese Änderungen können für den Rat Anlass sein zu prüfen, ob sich daraus die Verpflichtung zur Auflösung und Neubildung von Ausschüssen und sonstigen Gremien ergeben könnte. Hierbei ist abzuwägen, ob die Veränderungen als wesentlich anzusehen sind.

Von wesentlichen Veränderungen ist auszugehen, wenn sie dazu führen, dass bestehende Koalitionen oder Kooperationen eine absolute Mehrheit verlieren oder gewinnen, so wie es sich bei der aktuellen Situation im Vergleich zur Kommunalwahl ergibt.

Des Weiteren kann eine wesentliche Veränderung vorliegen, wenn nicht mehr gewährleistet ist, dass die Beschlüsse in den Ausschüssen die Mehrheitsmeinung des gesamten Rates widerspiegeln.

Diese Konstellation kann in den Ausschüssen zum Tragen kommen, wo keine ordentlichen Mitglieder der GfS-Fraktion vertreten sind.

Darüber hinaus hat die AfD-Fraktion reklamiert, dass ihr Stimmrecht insbesondere im Haupt- und Finanzausschuss durch den Austritt des dort ordentlichen Mitgliedes Steffe nur im Vertretungsfall wahrgenommen werden kann. Bei einer proportionalen Sitzverteilung würde der Fraktion jedoch ein ordentlicher Sitz zustehen.

Auch die Rangfolge der Fraktionen ändert sich.

Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgericht vom 10. Dezember 2003 und der darauf gründenden Rechtsprechung und Literatur wird der spiegelbildlichen Zusammensetzung der **Ausschüsse des Rates** ein sehr hoher Stellenwert zugemessen.

Unter Würdigung der formulierten Leitsätze ist die Verpflichtung des Rates zur Auflösung und Neubildung der genannten Ausschüsse gegeben.

Bei Mitgliedschaften in Organen juristischer Personen oder Personenvereinigungen, für die Personen durch den Rat zu bestellen sind, findet die Vorgabe einer spiegelbildlichen Zusammensetzung keine Anwendung da diese keine Repräsentationsorgane sind, in denen sich das politische Kräfteverhältnis wiederfinden muss. Insofern besteht auch keine Verpflichtung, bei einer Veränderung des Kräfteverhältnisses während der Wahlzeit die Bestellung der Vertretungen zu ändern.

Sitzverteilung

Für die Neubildung der Ausschüsse ergibt sich unter Beibehaltung der mit Beschluss vom 04.11.2020 festgelegten Zahl der stimmberechtigten Mitgliederzahl folgende Sitzverteilung entsprechend § 50 Absatz 3 GO NRW:

Die Bildung von Zählgemeinschaften zur Erhöhung der Mandate ist hier ausdrücklich ausgeschlossen.

Gesamtstimmenzahl: 70
 Sitzzahl: 17 Fachausschüsse

	Stimmen- anteil (%)	Sitze (anteilig)	Sitze (Ganzzahl)	Sitze (zugeteilt)
CDU	24,2857	4,1286	4	4
SPD	21,4286	3,6429	3	4
Grüne	17,1429	2,9143	2	3
UWG	8,5714	1,4571	1	1
FDP	5,7143	0,9714		1
Linke	5,7143	0,9714		1
AfD	4,2857	0,7286		1
Volt	2,8571	0,4857		1
GfS	7,1429	1,2143	1	1
Steffe	1,4286	0,2429		
Zöller	1,4286	0,2429		

Gesamtstimmenzahl: 70
 Sitzzahl: 16 Haupt- und Finanzausschuss

	Stimmen- anteil (%)	Sitze (anteilig)	Sitze (Ganzzahl)	Sitze (zugeteilt)
CDU	24,2857	3,8857	3	4
SPD	21,4286	3,4286	3	3
Grüne	17,1429	2,7429	2	3
UWG	8,5714	1,3714	1	1
FDP	5,7143	0,9143		1
Linke	5,7143	0,9143		1
AfD	4,2857	0,6857		1
Volt	2,8571	0,4571		1
GfS	7,1429	1,1429	1	1
Steffe	1,4286	0,2286		
Zöller	1,4286	0,2286		

Gesamtstimmenzahl: 70

Sitzzahl: 13

Betriebsausschuss ESi

	Stimmen- anteil (%)	Sitze (anteilig)	Sitze (Ganzzahl)	Sitze (zugeteilt)
CDU	24,2857	3,1571	3	3
SPD	21,4286	2,7857	2	3
Grüne	17,1429	2,2286	2	2
UWG	8,5714	1,1143	1	1
GfS	7,1429	0,9286		1
FDP	5,7143	0,7429		1
Linke	5,7143	0,7429		1
AfD	4,2857	0,5571		1
Volt	2,8571	0,3714		
Steffe	1,4286	0,1857		
Zöller	1,4286	0,1857		

Vergabeausschuss

Aufgrund aktueller Diskussionen über die Notwendigkeit des Vergabeausschusses, insbesondere aber auch durch die Absprachen im Ältestenrat, wo dies zunächst ebenfalls diskutiert, der Ausschuss in Frage gestellt und zuletzt der Verzicht verabredet wurde, wurde seitens der Verwaltung der Vorschlag unterbreitet über die Änderung der Zuständigkeitsordnung die politische Beteiligung auf die Fachausschüsse zu verlagern. Diesen Vorschlag hat die Verwaltung nunmehr mit der Vorlage unterbreitet und kommt damit auch dem Anliegen der Politik nach, weiterhin in die Vergaben mit eingebunden zu sein.

Durch die Neufassung der als Anlage-beigefügten Zuständigkeitsordnung wird zeitgleich auch dafür gesorgt, dass Vorhaben, insbesondere im Baubereich, schneller behandelt werden können. Vergleiche dazu auch die Antwort auf die Anfrage der SPD-Fraktion im Bauausschuss am 16.03.2022.

Zuständigkeitsordnung

Im Einzelnen wird vorgeschlagen, die Zuständigkeitsordnung um eine allgemeine Zuständigkeitsregelung für Bedarfsfeststellungen und Vergaben zu ergänzen. Danach sind die jeweils fachlich zuständigen Ausschüsse zukünftig im Vorfeld einer Auftragsvergabe für die Festlegung von konkreten Beschaffungsbedarfen zuständig. Diese

Bedarfsfeststellungsbeschlüsse müssen sich im Rahmen der für die Aufgaben, Maßnahmen oder Angelegenheiten bereitgestellten Haushaltsmittel bewegen.

In den Bereichen, in denen Bedarfspläne politisch beschlossen werden, bedarf es darüber hinaus keines weiteren Bedarfsfeststellungsbeschlusses mehr, sondern Beschaffungen können auf Grundlage dieser Bedarfsplanungen erfolgen.

Es wird vorgeschlagen, Bedarfsfeststellungsbeschlüsse generell durch die Ausschüsse treffen zu lassen, so dass auch in Angelegenheiten, in denen Ausschüsse lediglich beratend zuständig sind, diese im Rahmen der für Aufgaben bereitgestellten Haushaltsmittel Bedarfsfeststellungsbeschlüsse treffen können. Zugleich ist jedoch auch ein Rückholrecht des Rates vorgesehen, so dass dieser in bestimmten Einzelfällen auch selbst entsprechende Entscheidungen treffen kann.

Die Abwicklung der Vergabeverfahren dagegen, also das Wie der Beschaffung, sowie die Auftragserteilung, werden dem Bürgermeister übertragen. Beschaffungen, die die festgelegten Wertgrenzen nicht überschreiten, gelten als Geschäfte der laufenden Verwaltung und obliegen damit ebenfalls dem Bürgermeister.

Zugleich werden Informationsmechanismen und -rechte festgelegt, so dass auch bei der Abwicklung der Beschaffungen durch die Verwaltung die politischen Gremien informiert bleiben und sich jederzeit auch über laufende Verfahren informieren können.

Durch die vorgeschlagene Neuregelung sind einige wenige Folgeanpassungen in der Zuständigkeitsordnung vorzunehmen. Die Ziffern 3.2 sowie 4.20 können entfallen. Es bedarf außerdem einer Anpassung in der Nummerierung.

Auf folgendes weist die Verwaltung ausdrücklich hin: Mit der beschriebenen Umstellung der Zuständigkeiten für Bedarfsfeststellungen und Vergaben, die auf die stärkere Einbindung der Fachausschüsse in Beschaffungen ausgerichtet ist, könnte es zweckmäßig sein, in den jeweiligen Fachzuständigkeiten der Ausschüsse entsprechende Ergänzungen vorzunehmen. Es wird angeregt, in den Fachausschüssen die jeweiligen Zuständigkeitsregelungen daraufhin zu überprüfen und zu erörtern.

Weiterhin bedarf es durch den Wegfall des Vergabeausschusses und der damit einhergehenden grundsätzlichen Umstellung bei der Abwicklung von Beschaffungen einer Regelung, wie mit bereits begonnen Vergabeverfahren und wesentlichen Änderungen in bereits laufenden Vertragsverhältnissen umgegangen werden soll. Dazu wird verwaltungsseitig vorgeschlagen, für diese sog. Altfälle übergangsweise den Haupt- und Finanzausschuss anstelle des Vergabeausschusses entscheiden zu lassen. Nach durchgeführten Vergabeverfahren abgeschlossene Verträge sollen als bedarfsfestgestellt im Sinne der Neuregelung gelten und zukünftig nach der neuen Zuständigkeitsordnung behandelt werden, so dass über wesentliche Änderungen nunmehr der jeweilige Fachausschuss zu informieren wäre.

Vorsitze und stellvertretende Vorsitze

Mit der Neubildung der Ausschüsse geht die Benennung der Vorsitzenden und stellvertretenden Ausschussvorsitzenden einher.

Das Verfahren richtet sich nach § 58 Absatz 5 GO NRW:

Haben sich die Fraktionen über die Verteilung der Ausschussvorsitze geeinigt und wird dieser Einigung nicht von einem Fünftel der Ratsmitglieder widersprochen, bestimmen die Fraktionen die Ausschussvorsitzenden. Soweit eine Einigung nicht zustande kommt, werden den Fraktionen die Ausschussvorsitze in der Reihenfolge der Höchstzahlen zugeteilt, die sich durch die Teilung der Mitgliederzahlen der Fraktionen durch 1, 2, 3 usw. ergeben (Verfahren D'Hondt); Fraktionen können sich zusammenschließen. Die Fraktionen benennen die Ausschüsse, deren Vorsitz sie beanspruchen und benennen die Vorsitzenden. Die Regelungen gelten für die stellvertretenden Vorsitzenden entsprechend.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einzahlungen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt. <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im Finanzplan	<input type="checkbox"/> im Ergebnisplan	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Kostenträger/ Investitionscode Sachkonto
----------------------------------------	------------------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	----------------------------------------------------

Klimaschutz

Klimarelevanz <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, positiv <input type="checkbox"/> Ja, negativ <input type="checkbox"/> Prüfbedarf	Veränderungen CO₂-Emissionen <input type="checkbox"/> erhebliche Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Reduktion <input type="checkbox"/> geringe Erhöhung <input type="checkbox"/> erhebliche Erhöhung	Übereinstimmung mit dem Zielen bzw. dem Zielkonzept der Stadt Siegen <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unbekannt	Bestehen alternative Handlungsoptionen? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Erläuterung Klimarelevanz 			
Begründung (Veränderung / Übereinstimmung / Handlungsoptionen) 			

gez.

Steffen Mues
Bürgermeister

Die Verwaltungsvorlage wurde im Rahmen eines Workflows durch die beteiligten Adressaten digital verifiziert und weitergegeben und ist ohne Unterschrift gültig.